

Beispielhafte Dokumente als Anlage zum Antrag auf Einbürgerung oder Niederlassungserlaubnis

Dieses PDF zeigt dir anhand von **Musterdokumenten** die Anlagen, die normalerweise für die Beantragung einer Einbürgerung oder Niederlassungserlaubnis notwendig sind. Bis auf den Rentenversicherungsverlauf (nur für die Beantragung der Niederlassung nötig) sind die nötigen Dokumente für die Beantragung der Einbürgerung und Niederlassung gleich.

Falls du keinen Online-Antrag stellst, solltest du das Antragsschreiben zusammen mit den hier aufgeführten Dokumenten per Einschreiben versenden.

Inhaltsverzeichnis

1. Anschreiben (nur für Antrag per Post erforderlich).....	1
2. Zertifikat der B1-Prüfung.....	2
3. Einbürgerungstest.....	3
4. Kopie vom Arbeitsvertrag.....	4
5. Brief deiner Firma, dass dir nicht gekündigt wurde.....	9
6. Gehaltsabrechnungen (der letzten 6 Monate).....	10
7. Rentenversicherungsverlauf *	16
8. Kopie von Mietvertrag.....	17
9. Nachweis der aktuellen Miete.....	20
10. Kopie von Reisepass.....	21
11. Kopie von Aufenthaltstitel.....	22
12. Kopie von erweiterter Meldebescheinigung.....	23
13. Mitgliedsbescheinigung deiner Krankenkasse.....	24
14. Bekenntnis zur FDGO.....	25

* Der Rentenversicherungsverlauf ist nur für die Niederlassung notwendig.

[Dein Name, Adresse sowie ggf. Telefonnummer und E-Mail-Adresse]

[Name und Adresse der zuständigen Einbürgerungsbehörde]

[Ort], den [Datum]

Antrag auf Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit (Einbürgerung)

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beantrage ich die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit (Einbürgerung) gemäß § 10 des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) (hilfsweise gemäß § 8 StAG).

Meine persönlichen Daten lauten wie folgt:

- **Name:** ...
- **Geburtsdatum:** ...
- **Geburtsort (und Land):** ...
- **Aktuelle Staatsangehörigkeit:** ...
- **Aktuelle Anschrift:** ...
- **Derzeitiger Aufenthaltstitel:** ...
- **Aufenthaltsbeginn in Deutschland:** ...

Ich erfülle alle Voraussetzungen für eine Einbürgerung. Alle zur Prüfung meines Antrags erforderlichen Unterlagen habe ich in der Anlage beigefügt.

Ich bitte Sie höflich um die schnellstmögliche Bearbeitung meines Antrages. Für Rückfragen oder die Vereinbarung eines persönlichen Termins stehe ich Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

[Deine Unterschrift]

Anlagen: [Beigefügte Unterlagen]

Zertifikat

telc Deutsch B1 Beruf

allgemeine und berufsbezogene Deutschkenntnisse
Europaratsstufe B1 · Council of Europe level B1

[REDACTED]

Nachname

[REDACTED]

Vorname

[REDACTED]

Geburtsdatum

[REDACTED]

Geburtsort

Hören/Lesen/Sprachbausteine B1 36,0 Punkte

Schreiben B1 19,0 Punkte

Sprechen B2 75,0 Punkte

Gesamtergebnis B1

Datum der Prüfung [REDACTED]

Teilnehmernummer [REDACTED]

Datum der Ausstellung [REDACTED]



Geschäftsführer [REDACTED]

[REDACTED]
Prüfungszentrum [REDACTED]



Bescheinigung über die Teilnahme am

Einbürgerungstest

gemäß § 10 Abs. 5 Satz 1 StAG

geboren am [REDACTED] in [REDACTED]

hat am 24.10.2023 am
Einbürgerungstest
mit 31 von 33 Punkten
erfolgreich teilgenommen.

[REDACTED], den [REDACTED]
Im Auftrag

[REDACTED]
Unterschrift



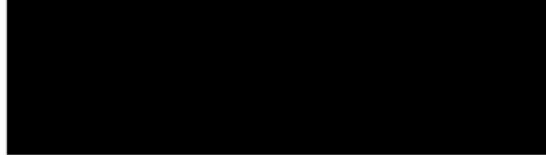
ANSTELLUNGSVERTRAG

Zwischen der



- nachstehend kurz "Firma" genannt -

und



- nachstehend kurz "Mitarbeiter¹" genannt -

wird folgender Anstellungsvertrag geschlossen:

§ 1 Beginn, Art und Ort der Tätigkeit

Der Mitarbeiter wird ab dem [REDACTED] als Konstrukteur beschäftigt. Die ersten sechs Monate der Tätigkeit gelten als Probezeit. Die Firma behält sich vor, das genaue Aufgabengebiet des Mitarbeiters durch Stellenbeschreibung zu regeln.



Die Firma behält sich vor, dem Mitarbeiter, ohne dass es einer Kündigung bedarf, andere gleichwertige Tätigkeiten zu übertragen und an einen anderen Arbeitsplatz mit gleichwertiger Tätigkeit zu versetzen.

§ 2 Entgelt

Die Höhe des Gehaltes richtet sich nach der für die ausgeübte Tätigkeit tarifvertraglich maßgeblichen Gehaltsgruppe. Dies ist derzeit die Gruppe T 4.3 des Tarifvertrages zum Entgeltrahmen.

Die Firma zahlt dem Mitarbeiter ein Brutto-Monatsgehalt, das sich bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden derzeit wie folgt zusammensetzt:

Tarifentgelt: Gruppe T Stufe 4.3	3.584,00 € brutto
Übertarifliche Zulage	100,00 € brutto
Mehrtätigkeitspauschale	373,00 € brutto
Urlaubsgeld monatlich	233,00 € brutto
Gesamtlohn	4.290,00 € brutto

Will der Mitarbeiter altersvorsorgewirksame Leistungen in Anspruch nehmen, hat er die Firma spätestens einen Monat vor Anspruchsbeginn die Art der altersvorsorgewirksamen Anlage unter Beifügung der erforderlichen Unterlagen schriftlich mitzuteilen.

¹ Auf Grund der Einfachheit wird unter Berücksichtigung der Gleichbehandlung zwischen Mann und Frau in diesem Vertrag die männliche Form verwendet.

Der Mitarbeiter kann von der Firma nach den betrieblichen, tariflichen und gesetzlichen Bedingungen verlangen, einen Teil seiner Gehaltsansprüche durch Entgeltumwandlung für seine betriebliche Altersversorgung zu verwenden.

Über die Höhe des Gehalts ist Stillschweigen zu wahren.

§ 3 Geltung von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen

Auf das Arbeitsverhältnis findet der im Betrieb geltende Haustarifvertrag, abgeschlossen am [REDACTED] zwischen der Firma und [REDACTED] in seiner jeweils gültigen Fassung Anwendung.

Sollte die Firma zu einem späteren Zeitpunkt Kraft eines anderen eigenen Abschlusses oder Kraft Verbandsmitgliedschaft tarifvertragsgebunden werden, so erklären der Mitarbeiter und die Firma bereits jetzt ihr Einverständnis mit der Anwendung der dann geltenden Tarifverträge in ihrer jeweils geltenden Fassung auf diesen Arbeitsvertrag.

Wird der Betrieb oder Betriebsteil, in dem der Mitarbeiter seine Arbeitsleistung erbringt, an eine andere Gesellschaft übertragen und geht in Folge dessen das Anstellungsverhältnis gemäß § 613 a BGB auf diese Gesellschaft über, finden in der Folgezeit die Arbeitsbedingungen desjenigen Tarifvertrags Anwendung, an dem diese Gesellschaft Kraft eigenen Abschlusses oder Kraft Verbandsmitgliedschaft gebunden ist.

Es gelten die jeweils gültigen Betriebsvereinbarungen.

Auf das Arbeitsverhältnis anwendbare spätere tarifvertragliche Regelungen und Betriebsvereinbarungen gehen in ihrer jeweils gültigen Fassung den Regelungen in diesem Arbeitsvertrag und etwaigen weiteren arbeitsvertraglichen Vereinbarungen vor. Dies gilt auch dann, wenn die arbeitsvertraglichen Regelungen günstiger für den Mitarbeiter sind.

§ 4 Verschwiegenheit, Geheimhaltung, Veröffentlichungen

Der Mitarbeiter ist verpflichtet, über alle ihm bekannt gewordenen vertraulichen Informationen sowohl gegenüber Außenstehenden als auch gegenüber anderen Mitarbeitern, die mit dem betreffenden Sachgebiet nicht unmittelbar befasst sind (Dritte), Stillschweigen zu bewahren.

Diese Verpflichtungen bleiben auch nach dem Ausscheiden aus dem Dienst der Firma bestehen. Vertrauliche Informationen sind sämtliche Informationen, die dem Mitarbeiter im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit offenbart werden. Als vertrauliche Informationen gelten insbesondere Geschäftsgeheimnisse im Sinne des GeschGehG, deren Offenlegung nicht nach § 3 Abs. 2 GeschGehG erlaubt ist sowie sonstige Informationen, die die Firma als vertraulich bezeichnet. Des Weiteren sind vertrauliche Informationen solche Angelegenheiten, deren Bekanntgabe im konkreten Fall oder generell geeignet ist, der Firma sowie mit ihm kooperierenden Unternehmen geschäftliche Nachteile zu bringen. Solche Nachteile liegen insbesondere, auch ohne besonderen Nachweis, bei der Bekanntgabe von Daten der Betriebs-, Finanz- und Personalwirtschaft und bei der Bekanntgabe von Konstruktions- und Fabrikationsverfahren vor. In Zweifelsfällen ist der Mitarbeiter vor der Offenbarung verpflichtet, Weisungen einzuholen, ob die Tatsache ein Geheimnis darstellt oder nicht.

Der Mitarbeiter wird alle mit seiner Tätigkeit für die Firma im Zusammenhang stehenden Akten, Schriftstücke, Datenträger und Pläne – auch eigene Aufzeichnungen – sorgfältig verwahren und auf Verlangen der Firma jederzeit, spätestens aber nach Beendigung des Anstellungsverhältnisses der Firma auszuhändigen. Die Akten, Schriftstücke, Datenträger und Pläne – auch eigene Aufzeichnungen – sind Eigentum der Firma. Der Mitarbeiter ist nicht berechtigt, Abschriften, Kopien oder sonstige Vervielfältigungen der genannten Schriftstücke, Pläne, Akten und Datenträger zurückzuhalten. Sollten vorgenannte Daten und Informationen auf privaten elektronischen Datenträgern gespeichert sein, ist der Mitarbeiter auf Verlangen unverzüglich, spätestens jedoch bei Beendigung des Anstellungsverhältnisses, verpflichtet diese zu löschen.

Auf Verlangen der Firma ist der Mitarbeiter verpflichtet zu versichern, dass er keine der oben aufgeführten Unterlagen mehr besitzt und auch nicht an Dritte weitergegeben hat.

Veröffentlichungen und Vorträge sind erwünscht, bedürfen aber der vorherigen Zustimmung der Firma, sofern es sich dabei um Themen handelt, welche in das Aufgabengebiet der Firma fallen oder dasselbe berühren.

§ 5 Widerruflichkeit, Anrechenbarkeit und Freiwilligkeit von Entgeltbestandteilen

Über- und außertarifliche Gehaltsbestandteile sind tariflich nicht geschuldete Leistungen der Firma und können bei Vorliegen eines sachlichen Grundes (z.B. Gründe im Verhalten oder in der Person des Arbeitnehmers) jederzeit widerrufen werden. Der Widerruf kann auch bei einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation des Unternehmens erfolgen.

Auf diese Leistungen sind ferner tariflich festgelegte Gehaltserhöhungen – unabhängig von Grund und Art – sowie Erhöhungen des Tarifgehalts durch andere tarifliche Veränderungen (z. B. höhere Gehaltsgruppe) ganz oder teilweise anrechenbar. Bei rückwirkenden Tariferhöhungen oder Tarifänderungen kann die Anrechnung auch rückwirkend erfolgen.

Auf tariflich nicht geschuldete Gehaltsbestandteile, die dem Mitarbeiter aus einem bestimmten Grund, z. B. wegen besonderer Arbeitsbedingungen, gewährt werden, hat der Mitarbeiter keinen Anspruch mehr, wenn der Grund für die Gewährung dieser Gehaltsbestandteile entfällt.

Bei weder vertraglich noch tariflich geschuldeten Gratifikationen, Prämien und anderen Einmalzahlungen der Firma, die nicht Bestandteil des laufenden monatlichen Arbeitsgehalts sind, handelt es sich um freiwillige Leistungen der Firma, auf die auch bei wiederholter Gewährung kein Rechtsanspruch für die Zukunft besteht. Bei betrieblichen Sonderleistungen der Firma oder sonstigen Vergünstigungen, die aus sozialen Gründen gewährt werden, handelt es sich ebenfalls um freiwillige Leistungen, auf die auch bei wiederholter Gewährung kein Rechtsanspruch für die Zukunft besteht.

§ 6 Nebentätigkeiten

Der Mitarbeiter verpflichtet sich, seine gesamte Arbeitskraft der Firma zur Verfügung zu stellen.

Die Übernahme jedweder auf Erwerb gerichteten Nebentätigkeit bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Firma; das gilt auch für eine Beteiligung an einer anderen Gesellschaft, mit Ausnahme von Aktienbesitz an börsennotierten Unternehmen, soweit durch diesen Aktienbesitz kein bestimmter Einfluss auf die Geschäftsleitung dieses Unternehmens ausgeübt werden kann. Die Zustimmung wird erteilt, sofern nicht berechtigte betriebliche Interessen entgegenstehen.

§ 7 Arbeitsverhinderung, Arbeitsunfähigkeit

Jede Arbeitsverhinderung ist, sobald sie dem Mitarbeiter bekannt ist, dem betrieblichen Vorgesetzten unter Angabe der Gründe und der voraussichtlichen Dauer unverzüglich mitzuteilen; im Bedarfsfall soll auch die Adresse eines vom Wohnsitz abweichenden Aufenthaltsortes mitgeteilt werden. Die Firma ist dabei über die im Betrieb zu erledigenden unaufschiebbaren Aufgaben zu unterrichten. Gleches gilt, wenn sich die Arbeitsverhinderung verlängert.

Im Falle der Arbeitsunfähigkeit hat der Mitarbeiter außerdem auch die hierfür geltenden besonderen gesetzlichen und tarifvertraglichen Mitteilungs- und Nachweispflichten zu erfüllen. Dauert die Arbeitsunfähigkeit länger als in der Bescheinigung angegeben, so hat der Mitarbeiter – unabhängig von der Dauer der Arbeitsunfähigkeit und auch nach Ablauf des Zeitraums der Entgeltfortzahlung – unverzüglich die Fortdauer der Arbeitsunfähigkeit anzuzeigen und eine neue ärztliche Bescheinigung vorzulegen.

Bei Arbeitsverhinderung aus sonstigen unvorhergesehenen Gründen kann von der Firma ein geeigneter Nachweis verlangt werden. Hierfür anfallende Kosten trägt die Firma.

§ 8 Entgeltsabtretung, Verpfändung

Die Abtretung und Verpfändung von Gehaltsansprüchen ist nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Firma zulässig.

§ 9 Ärztliche Untersuchung

Die Wirksamkeit dieses Vertrages steht unter der Bedingung, dass der Arbeitnehmer die gesundheitlichen Voraussetzungen zur Ausübung der vorgesehenen Tätigkeit erfüllt. Die gesundheitliche Eignung wird durch eine betriebsärztliche Eignungsuntersuchung festgestellt, die Kosten hierfür trägt die Firma.

Der Arbeitnehmer ist mit der Weitergabe des Untersuchungsergebnisses an den Arbeitgeber insoweit einverstanden, als dies für die gesundheitliche Eignung für die von ihm auszuübenden Tätigkeiten von Belang ist. Eine Mitteilung von Diagnosen oder Befunden erfolgt nicht.

Bestehen oder entstehen im laufenden Arbeitsverhältnis aufgrund von tatsächlichen Anhaltspunkten Zweifel an der gesundheitlichen Eignung des Arbeitnehmers oder ist ein Wechsel der Tätigkeit oder des Arbeitsplatzes beabsichtigt, so ist bei berechtigtem Interesse des Arbeitgebers auf dessen Verlangen die gesundheitliche Eignung des Arbeitnehmers festzustellen. Die Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.

§ 10 Beendigung des Arbeitsverhältnisses, Freistellung

Während der Probezeit kann das Anstellungsverhältnis von beiden Parteien unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen zum Ende einer Kalenderwoche gekündigt werden. Danach kann das Arbeitsverhältnis von beiden Seiten nach Maßgabe der tariflichen Bestimmungen ordentlich gekündigt werden. Eine Verlängerung der für den Arbeitgeber maßgeblichen Kündigungsfrist aufgrund gesetzlicher oder tariflicher Bestimmungen gilt für beide Parteien.

Der Mitarbeiter kann bei berechtigten betrieblichen Interessen, insbesondere nach erfolgter Kündigung, von der Arbeit unter Anrechnung des noch ausstehenden Urlaubs, von Arbeitszeitguthaben und sonstiger Ansprüche freigestellt werden. Die Anrechnung auf Urlaub und das Gutstundenkonto ist nur möglich, sofern die Freistellung unwiderruflich erfolgt.

Das Arbeitsverhältnis endet, ohne dass es einer Kündigung bedarf, mit Ablauf des Monats, in dem der Mitarbeiter die Altersgrenze für eine Regelaltersrente der gesetzlichen Rentenversicherung erreicht, oder in dem Zeitpunkt, ab dem der Mitarbeiter eine Altersrente, gleich aus welchem Rechtsgrund, bezieht.

Das Arbeitsverhältnis endet ebenfalls ohne Kündigung mit Ablauf des Monats, in dem dem Mitarbeiter der Bescheid eines Rentenversicherungsträgers über eine unbefristete Rente wegen voller Erwerbsminderung zugeht und eine vertragsgemäße Beschäftigung des Mitarbeiters im vertraglich vereinbarten Umfang nicht mehr möglich ist.

Während des Bezugs einer befristeten Rente wegen voller Erwerbsminderung ruht das Arbeitsverhältnis. Gleiches gilt während des Bezugs von Arbeitslosengeld. Die Möglichkeit, das Arbeitsverhältnis zu kündigen, wird hierdurch nicht berührt.

Der Mitarbeiter ist verpflichtet, die Firma unverzüglich über den Zugang eines Rentenbescheids oder den Bezug von Arbeitslosengeld zu unterrichten.

§ 11 Dienstreisen

Für die Erstattung der Kosten anlässlich von Dienstreisen gelten die Richtlinien der Firma, die insoweit Bestandteil dieses Vertrages sind.

§ 12 EDV – Nutzungsrechte

Des Weiteren verpflichtet sich der Mitarbeiter, die ihm dienstlich zugänglich gemachten EDV-Programme und/oder gespeicherten Daten weder zu vervielfältigen noch in sonstiger Weise außerbetrieblich bzw. privat zu nutzen.

§ 13 Übertragung von Unternehmerpflichten

Der Mitarbeiter ist verpflichtet, für die Beachtung der einschlägigen Rechtsvorschriften zur Verhütung von Unfällen und zur Vermeidung von Umweltschäden Sorge zu tragen.

Die Firma behält sich vor, eine Übertragung der ihm diesbezüglich obliegenden Pflichten auf den Mitarbeiter vorzunehmen. Diese Pflichtenübertragung erfolgt durch ein gesondertes Schreiben.

§ 14 Mitteilungspflichten

Änderungen der persönlichen Verhältnisse hat der Mitarbeiter der Firma unverzüglich mitzuteilen, soweit sie für das Arbeitsverhältnis von Bedeutung sind (z. B. Wohnungswechsel).

§ 15 Erklärung nach § 26 BDSG

Der Mitarbeiter erklärt sich ausdrücklich damit einverstanden, dass seine persönlichen Daten, soweit sie für das Anstellungsverhältnis von Bedeutung und dessen ordnungsgemäße Durchführung erforderlich sind, von der Unternehmensgruppe gespeichert, geändert, gelöscht oder aus Dateien übermittelt werden können.

§ 16 Erlöschen von Ansprüchen

Alle bislang bestehenden Verträge und Abmachungen verlieren mit Inkrafttreten dieses Vertrages ihre Gültigkeit.

§ 17 Vertragsänderungen

Mündliche Nebenabreden sind nicht getroffen. Änderungen oder Ergänzungen dieses Arbeitsvertrages einschließlich dieser Bestimmung bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt nicht, wenn Änderungen oder Ergänzungen jeweils zwischen den Vertragsparteien im Einzelnen ausgehandelt werden; in diesem Fall gelten auch mündliche Absprachen. Die Vertragsparteien sind sich jedoch darüber einig, dass die mündlich ausgehandelten Absprachen nachträglich schriftlich fixiert werden.

Etwaige betriebliche Übungen stellen keine individuellen, ausgehandelten Vereinbarungen dar, so dass für betriebliche Übungen das im ersten Satz beschriebene Schriftformerfordernis gilt.

§ 18 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen unwirksam sein, berührt dies nicht die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen. Anstelle der unwirksamen Bestimmung oder zur Ausfüllung evtl. Lücken des Vertrages soll eine angemessene Regelung treten, die dem am nächsten kommt, was die Parteien nach ihrer wirtschaftlichen Zwecksetzung gewollt haben.

[REDACTED]

[REDACTED]....., den

[REDACTED].....

[REDACTED]

Anlagen:

Datenschutzerklärung,
Einwilligungserklärung zur privaten Nutzung des betrieblichen Internetzugangs,
Stammdatenblatt



LIFE Initiative e.V., Ramin Goo, Oranienstr. 203, 10999 Berlin



LIFE Initiative e.V.

c/o Ramin Goo
Oranienstraße 203
10999 Berlin

Internet: www.life-initiative.org
E-Mail: office@life-initiative.org
Telefon: +49 30 233 213 00
WhatsApp: +49 1573 5996595

Berlin, den 3. April 2025

**Betreff: Arbeitgeberbestätigung zur Vorlage bei der zuständigen
Ausländer-/Einbürgerungsbehörde**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit bestätigen wir, dass [REDACTED] seit dem [REDACTED] bei uns als
[REDACTED] in beschäftigt ist.

Das Arbeitsverhältnis ist unbefristet und ungekündigt. Die Probezeit ist beendet. Die regelmäßige
wöchentliche Arbeitszeit beträgt 40 Stunden.

Mit freundlichen Grüßen



Berlin, den 03.04.2025



LIFE Initiative e.V. (vertreten durch Ramin Goo)

Lohn- und Gehaltsabrechnung

Sorgfältig aufbewahren! Gilt als Entgeltbescheinigung.

Aufrechnung: Gesamtbrutto:
ST-Tage 150 Steuerbrutto :
SV-Tage 60 RV/AV Brutto :
0001 KV/PV Brutto :

Sonst. Bezug :
Lohnsteuer :
Kirchensteuer :
Solid. Zuschlag :

SV-Anteil KV/AV/PV:
SV-Anteil RV:
KV/PV Erstattung:
RV Erstattung:

Lohn- und Gehaltsabrechnung

Sorgfältig aufbewahren! Gilt als Entgeltbescheinigung.

Aufrechnung: Gesamtbrutto:
ST-Tage 180 Steuerbrutto :
SV-Tage 60 RV/AV Brutto :
0001 KV/PV Brutto :

10

Sonst. Bezug :
Lohnsteuer :
Kirchensteuer :
Solid. Zuschlag :

SV-Anteil KV/AV/PV:
SV-Anteil RV:
KV/PV Erstattung:
RV Erstattung:

Lohn- und Gehaltsabrechnung

Sorgfältig aufbewahren! Gilt als Entgeltbescheinigung.

<p>FKN: [REDACTED]</p> <p>Persönlich/Vertraulich!</p> <p>Frau</p>	<p>Abrechnung Monat Jahr 07.25</p> <p>Geburtsdatum St. Steuer- Kinder- Rel. Faktor Tg. Klasse Freibeträge</p> <p>Eintrittsdatum Sv. Sozialversicherung Kind (PV) Bundes- Um- Pers. Gr. Basis- Tg. KV RV AV PV land lage Schl. absicherung</p> <p>01.07.24 30 1 1 1 1 BEW J 101</p> <p>Austrittsdatum Kranken- Name kasse</p> <p>Lohnsteuer-identifikationsnummer Sozial- versicherungsnummer [REDACTED]</p> <p>SL IBAN BIC Bank</p> <p>003</p> <p>Mehrfach- beschäftigung Nein</p>
--	--

		Abrechnung		07.25							
LA	Anzahl	Bezeichnung		EUR	%	Kostenstelle	SV.Btto.	ST.Btto.	Ges.Btto.		
099		Gehalt				3					
		Gesamtbrutto									
		Krankenversicherung								ÜB	
		Krankenvers. Zusatzbeitrag								ÜB	
		Rentenversicherung								ÜB	
		Arb.lo.versicherung								ÜB	
		Pflegeversicherung								ÜB	
		Gesetzliche Abzüge									
		Netto									
		Auszahlung Bank							EUR		

Lohn- und Gehaltsabrechnung

Sorgfältig aufbewahren! Gilt als Entgeltbescheinigung.

<p>FKN: [REDACTED]</p> <p>Persönlich/Vertraulich!</p> <p>Frau [REDACTED]</p>	<p>Abrechnung Monat Jahr 08.25</p> <p>Geburtsdatum St. Steuer- Kinder- Freibeträge Rel. Faktor [REDACTED] 30 1 E 0,0 EV</p> <p>Eintrittsdatum Sv. Sozialversicherung Kind (PV) Bundes- Um- Pers. Gr. Basis- Tg. KV RV AV PV land lage Schl. absicherung 01.07.24 30 1 1 1 1 BEW J 101</p> <p>Austrittsdatum Kranken- Name [REDACTED] 003 [REDACTED]</p> <p>Lohnsteuer-identifikationsnummer Sozial- versicherungsnummer [REDACTED] [REDACTED]</p> <p>SL IBAN BIC Bank [REDACTED]</p> <p>Mehrfach- beschäftigung Nein</p>
---	---

		Abrechnung	08.25			Kostenstelle	SV.Btto.	ST.Btto.	Ges.Btto.
LA	Anzahl	Bezeichnung		EUR	%				
099		Gehalt				3	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
		Gesamtbrutto					[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
		Krankenversicherung						ÜB	[REDACTED]
		Krankenvers. Zusatzbeitrag						ÜB	[REDACTED]
		Rentenversicherung						ÜB	[REDACTED]
		Arb.lo.versicherung						ÜB	[REDACTED]
		Pflegeversicherung						ÜB	[REDACTED]
		Gesetzliche Abzüge							[REDACTED]
		Netto							[REDACTED]
		Auszahlung Bank						EUR	[REDACTED]



EDV-Berichtsdruckservice
Blatt: 0001

Aufrechnung: Gesamtbrutto: [REDACTED] **Sonst. Bezug :** [REDACTED] **SV-Anteil KV/AV/PV:** [REDACTED]
ST-Tage 240 Steuerbrutto : [REDACTED] **Lohnsteuer :** [REDACTED] **SV-Anteil RV :** [REDACTED]
SV-Tage 120 RV/AV Brutto: [REDACTED] **Kirchensteuer :** [REDACTED] **KV/PV Erstattung :** [REDACTED]
0001 KV/PV Brutto : [REDACTED] **Solid.Zuschlag:** [REDACTED] **RV Erstattung :** [REDACTED]

Lohn- und Gehaltsabrechnung

Sorgfältig aufbewahren! Gilt als Entgeltbescheinigung.

<p>FKN: [REDACTED]</p> <p>Persönlich/Vertraulich!</p> <p>Frau</p>	<p>Abrechnung Monat Jahr 09.25</p> <p>Geburtsdatum St. Steuer- Kinder- Rel. Faktor Tg. Klasse Freibeträge</p> <p>Eintrittsdatum Sv. Sozialversicherung Kind (PV) Bundes- Um- Pers. Gr. Basis- Tg. KV RV AV PV Land lage Schl. absicherung</p> <p>01.07.24 30 1 1 1 1 BEW J 101</p> <p>Austrittsdatum Kranken- Name Kasse</p> <p>003</p> <p>Lohnsteuer-identifikationsnummer [REDACTED]</p> <p>Sozial- versicherungsnummer [REDACTED]</p> <p>SL IBAN BIC Bank [REDACTED]</p> <p>Mehrfach- beschäftigung Nein</p>
--	--

		Abrechnung	09.25			Kostenstelle	SV.Btto.	ST.Btto.	Ges.Btto.
LA	Anzahl	Bezeichnung	EUR	%					
099		Gehalt			3				
		Gesamtbrutto							
		Krankenversicherung						ÜB	
		Krankenvers. Zusatzbeitrag						ÜB	
		Rentenversicherung						ÜB	
		Arb.lo.versicherung						ÜB	
		Pflegeversicherung						ÜB	
		Gesetzliche Abzüge							
		Netto							
		Auszahlung Bank					EUR		

Lohn- und Gehaltsabrechnung

Sorgfältig aufbewahren! Gilt als Entgeltbescheinigung.

<p>FKN: [REDACTED]</p> <p>Persönlich/Vertraulich!</p> <p>Frau [REDACTED]</p>	<p>Abrechnung Monat Jahr</p> <p>10.25</p> <p>Geburtsdatum St. Steuer- Kinder- Freibeträge Rel. Faktor</p> <p>[REDACTED] 30 1 E 0,0 EV</p> <p>Eintrittsdatum Sv. Sozialversicherung Kind (PV) Bundes- Um- Pers. Gr. Basis- Tg. KV RV AV PV land lage Schl. absicherung</p> <p>01.07.24 30 1 1 1 1 [REDACTED] J [REDACTED]</p> <p>Austrittsdatum Kranken- Name</p> <p>[REDACTED] 003 [REDACTED]</p> <p>Lohnsteuer- Sozial- Mehrfach- identifikationsnummer versicherungsnummer beschäftigung</p> <p>SL IBAN BIC</p> <p>[REDACTED]</p>
---	---

		Abrechnung	10.25			Kostenstelle	SV.Btto.	ST.Btto.	Ges.Btto.
LA	Anzahl	Bezeichnung	EUR	%					
099		Gehalt			3				
		Gesamtbrutto							
		Krankenversicherung						ÜB	
		Krankenvers. Zusatzbeitrag						ÜB	
		Rentenversicherung						ÜB	
		Arb.lo.versicherung						ÜB	
		Pflegeversicherung						ÜB	
		Gesetzliche Abzüge							
		Netto							
		Auszahlung Bank					EUR		



abs
Entgeltbescheinigungsservice

Aufrechnung: Gesamtbrutto: [REDACTED]
ST-Tage 300 Steuerbrutto : [REDACTED]
SV-Tage 180 RV/AV Brutto: [REDACTED]
0001 KV/PV Brutto : [REDACTED]

Sonst. Bezug : [REDACTED]
Lohnsteuer : [REDACTED]
Kirchensteuer : [REDACTED]
Solid.Zuschlag: [REDACTED]

SV-Anteil KV/AV/PV: [REDACTED]
SV-Anteil RV : [REDACTED]
KV/PV Erstattung : [REDACTED]
RV Erstattung : [REDACTED]

Mitteilung vom 24.06.2025
aus der Versicherung von
[REDACTED]



Deutsche
Rentenversicherung
Berlin-Brandenburg

Versicherungsnummer [REDACTED]
Kennzeichen: [REDACTED]

Anlage Seite: 01

Versicherungsverlauf

Der Versicherungsverlauf enthält im Versicherungskonto gespeicherte Daten.

Vor der Darstellung der gespeicherten Daten geben wir Ihnen einige Hinweise zum Versicherungsverlauf:

- Es wurden "Zeiten im Beitrittsgebiet" zurückgelegt.

Das sind rentenrechtliche Zeiten in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie in dem Teil Berlins, in dem das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland bis zum 02.10.1990 nicht galt.

Für Zeiten ab 01.01.2025 entfällt der Zusatz "Zeiten im Beitrittsgebiet".

Allgemeine Rentenversicherung

Zeitraum	Entgelt	Art der Zeit, Anmerkungen
11.04.2017 - 22.12.2017	11.875,00 EUR	- Beitragszeit mit Pflichtbeiträgen
03.04.2018 - 14.05.2018	1.764,00 EUR	- Beitragszeit mit Pflichtbeiträgen
08.04.2019 - 27.07.2019	1.650,00 EUR	- Geringfügige Beschäftigung nicht versicherungspflichtig

Allgemeine Rentenversicherung - Zeiten im Beitrittsgebiet

Zeitraum	Entgelt	Art der Zeit, Anmerkungen
23.10.2019 - 31.12.2019	840,00 EUR	- Beitragszeit mit Pflichtbeiträgen

Allgemeine Rentenversicherung

Zeitraum	Entgelt	Art der Zeit, Anmerkungen
02.11.2020 - 31.12.2020	4.002,00 EUR	- Beitragszeit mit Pflichtbeiträgen
01.01.2021 - 31.12.2021	21.938,00 EUR	- Beitragszeit mit Pflichtbeiträgen
01.01.2022 - 31.07.2022	12.072,00 EUR	- Beitragszeit mit Pflichtbeiträgen
12.06.2023 - 18.08.2023	4.944,00 EUR	- Beitragszeit mit Pflichtbeiträgen
21.08.2023 - 31.12.2023	13.100,00 EUR	- Beitragszeit mit Pflichtbeiträgen
01.01.2024 - 21.02.2024	5.100,00 EUR	- Beitragszeit mit Pflichtbeiträgen
22.02.2024 - 03.12.2024	20.392,00 EUR	- Beitragszeit mit Pflichtbeiträgen Bezug von Leistungen der Bundesagentur für Arbeit
05.12.2024 - 31.12.2024	1.959,00 EUR	- Beitragszeit mit Pflichtbeiträgen Bezug von Leistungen der Bundesagentur für Arbeit
01.01.2025 - 22.02.2025	3.774,00 EUR	- Beitragszeit mit Pflichtbeiträgen Bezug von Leistungen der Bundesagentur für Arbeit

Mietvertrag

Zwischen dem Vermieter

Name: [REDACTED]
.....

Straße, Nr.: [REDACTED]
.....

PLZ, Ort: [REDACTED]
.....

und dem Mieter

Name: [REDACTED]
.....

Straße, Nr.: [REDACTED]
.....

PLZ, Ort: [REDACTED]
.....

wird folgender Mietvertrag geschlossen:

§ 1 Mietraum / Mieträume

Im Haus (Ort, Straße, Haus-Nr., Etage) [REDACTED]
wird dem o.g. Mieter möblierter Raum / möblierte Räume zur Verfügung gestellt. Das bzw. die Zimmer ist/sind abschließbar.

- Küche,
- Badezimmer mit WC (abschließbar),
- der Kellerraum,
- die Waschküche inkl. Waschmaschine und ggf. Trockenplatz

stehen nach Absprache mit dem Vermieter zur gemeinschaftlichen Nutzung zur Verfügung.

Dem o.g. Mieter werden vom Vertragspartner für die Zeit der Unterbringung ausgehändigt:

- Hausschüssel
- Wohnungsschlüssel
- Zimmerschlüssel
- weitere Schlüssel (z.B. - für Keller- / Bodenräume)

§ 2 Anzahl der untergebrachten Personen

In den vermieteten Räumlichkeiten sind Personen untergebracht.

§ 3 Mietdauer

Das Vertragsverhältnis beginnt am _____ und endet am _____.

oder

Das Vertragsverhältnis beginnt am _____ und läuft auf unbestimmte Zeit

Beginn des Mietvertrages ist der _____

§ 4 Mietkosten

Eine Miete wird nicht gezahlt.

oder

Die monatliche Grundmiete beträgt _____ Euro.

Die monatliche Betriebskostenvorauszahlung¹ beträgt _____ Euro.

Die monatliche Heizkostenvorauszahlung² beträgt _____ Euro.

Die Mietzahlung in Höhe von insgesamt _____ € wird monatlich bis zum Dritten eines jeden Monats auf folgendes Konto des Vermieters gezahlt:

Kontoinhaber: _____

Bank: _____

IBAN: _____

BIC: _____

¹ Betriebskosten werden ohne Strom erhoben. Stromabschläge sind durch den Mieter eigenverantwortlich zu zahlen. Für die Ermittlung der tatsächlichen Betriebskosten ist 1x jährlich eine Betriebskostenabrechnung zu erstellen bzw. bei Auszug aus der Wohnung fällig.

² Für die Ermittlung der tatsächlichen Heizkosten ist 1x jährlich eine Heizkostenabrechnung zu erstellen bzw. bei Auszug aus der Wohnung fällig.

§ 5 Mängel und Schäden an der Wohnung

1. Zeigt sich in der Wohnung bzw. den überlassenen Räumlichkeiten ein Mangel, so muss dies der Mieter dem Vermieter unverzüglich mitteilen.
2. Hat die Wohnung einen nicht unerheblichen Mangel oder fehlt bzw. entfällt eine zugesicherte Eigenschaft, so kann der Mieter in angemessenem Umfang die Miete kürzen, bis der Vermieter den Mangel abstellt. Weitere Ansprüche, wie zum Beispiel Erfüllungs- und Schadensersatzansprüche, bleiben bestehen.
3. Lässt der Vermieter ihm mitgeteilte Mängel trotz Mahnung durch den Mieter nicht innerhalb eines Monats oder in dringenden Fällen unverzüglich beheben, so ist der Mieter außerdem berechtigt, die Mängel auf Kosten des Vermieters zu beseitigen. Der Mieter kann sich dabei einer Fachfirma bedienen und als Vorschuss einen angemessenen Betrag bei der nächsten Mietzahlung einbehalten.
4. Der Mieter haftet dem Vermieter für Schäden, die er selbst, seine Mitbewohner, Hausgehilfen, Untermieter sowie von ihm beauftragte Handwerker nach dem Einzug schulhaft verursacht haben.

§ 6 Kündigungsfrist

Der Mietvertrag kann durch beide Vertragsparteien mit einer Frist von 4 Wochen zum Monatsende gekündigt werden.

§ 7 Auszug des Mieters

Bei Auszug des Mieters müssen die Räumlichkeiten besenrein und mit sämtlichen Schlüsseln dem Vermieter oder seinem Verwalter zurückgegeben.

§ 8 Betreten der Mieträume durch den Vermieter

Der Vermieter darf die zur Verfügung gestellten Räume nach vorheriger Abstimmung mit dem Mieter betreten.

§ 9 Sonstige Vereinbarungen zum Mietvertrag

..... /

.....

.....

[REDACTED] .., den [REDACTED]

[REDACTED] _____
Unterschrift Vermieter

[REDACTED] _____
Unterschrift Mieter

BIC [REDACTED]
IBAN [REDACTED]
Kontoinhaber [REDACTED]

Datum [REDACTED]
Uhrzeit [REDACTED]
Abgefragt von [REDACTED]

Umsatzdetails

Zahlungsbeteiligter [REDACTED]
IBAN [REDACTED]
BIC [REDACTED]
Buchungstag 04.03.2024
Betrag **-357,69 EUR**
Vorgang Überweisung
Kategorie Sonstiges
Verwendungszweck Miete +Hausreinigung /*DA-25* IBAN:
[REDACTED] BIC: [REDACTED] ABWA:
[REDACTED]

TÜRKİYE CUMHURİYETİ / REPUBLIC OF TURKEY

PASAPORT PASSPORT

TEMP / TYPE

PRINT NAME / FIRM OF ISSUING STATE

P TUR

SOYADı / SURNAME

ÖRNEK

ADH / NAME

PASSPORT NO./PASSPORT NO.

Z20018048



DOĞUM TARİHİ / DATE OF BIRTH
02 NİS/APR 1992

WEREN MARKAM / ISSUED BY

ANKARA

DÜZENLEME TARİHİ / DATE OF ISSUE
02 NİS/APR 2018

GEÇERLİLİK TARİHİ / DATE OF EXPIRY
02 NİS/APR 2028

DOĞUM YERİ / PLACE OF BIRTH
ANKARA

HAMILTON İMZASI / HOLDER'S SIGNATURE

Örnekler / Specimen

2200180482TUR9204029F280402812345678902<<<30

Gemeinde Hainburg

Der Gemeindevorstand



Gemeinde Hainburg, Hauptstraße 44, 63512 Hainburg



Sprechzeiten:

Mo. - Fr. : 08:00 - 11:30 Uhr
Di. : 16:00 - 18:30 Uhr
Do. : 14:00 - 16:00 Uhr

Vermittlung : 06182-7809-0
Durchwahl : 06182-7809-50
Fax : 06182-66966
E-Mail : [REDACTED]

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

Datum: [REDACTED]

Erweiterte Meldebescheinigung

Zur Vorlage bei: Standesamt

Die Meldebehörde bestätigt, dass

— Gebr. Vorname: [REDACTED]

Familienstand: [REDACTED]

Staatsangehörigkeit(en): [REDACTED]

Geburtsdatum: [REDACTED]

Geburtsort/-staat: [REDACTED]

Geschlecht: [REDACTED]

Religion: [REDACTED]

mit folgenden Anschriften im Melderegister eingetragen ist:

Status	Anschriften	Einzug	Auszug
	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]

— Bemerkungen:

i.A. [REDACTED]

OT HST Hauptstraße 44
63512 Hainburg

Telefax
(06182) 6 69 66

Bankkonten

Sparkasse Lengen-Seligenstadt
(BLZ 506 521 24)
Kto.Nr.07 016 207

Volksbank Seligenstadt
(BLZ 506 921 00)
Kto.Nr.1 013 106

Postbank
Frankfurt am Main
(BLZ 500 100 60)
Kto.Nr.208 97-606



AOK NordWest. Die Gesundheitskasse. 58079 Hagen

[REDACTED]

[REDACTED]

Gesprächspartner/-in
Online-ServiceCenter

Telefon
0800 265 5110

Telefax
0800 265-2265

Ihr Online-Kontakt
onlineportal@nw.aok.de

Ihr Zeichen/ Unser Zeichen

[REDACTED]

Mitgliedsbescheinigung

[REDACTED]
geboren am
[REDACTED]

Rentenversicherungs-Nr.
[REDACTED]

ist Mitglied der AOK NordWest.

Wir bitten Sie, [REDACTED] bei der AOK NordWest, (Krankenkassenbetriebsnummer
[REDACTED]) anzumelden und diese Bescheinigung zu Ihren Unterlagen zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre
AOK NORDWEST
Die Gesundheitskasse.

[Dein Name und deine Adresse]

Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Ich bekenne mich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere erkenne ich an:

- a) das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- b) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- c) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- d) die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- e) die Unabhängigkeit der Gerichte,
- f) den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft,
- g) die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte und
- h) dass eine Handlung, die antisemitische, rassistische oder sonstige menschenverachtende Ziele verfolgt, mit der vom Grundgesetz garantierten Würde und Gleichheit aller Menschen unvereinbar ist und dem Bekenntnis entgegensteht.

Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe, die

- a) gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- b) eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
- c) durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Ich erkläre, dass ich mich zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihren Folgen, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens, sowie zum friedlichen Zusammenleben der Völker und dem Verbot der Führung eines Angriffskrieges, bekenne.

[Ort], den [Datum]

[Deine Unterschrift]